



Neues aus Düsseldorf

Ausgabe 09/2018

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Oktober und des November Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus dem Kreis Coesfeld berichten.

Auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger wird das ausgetragen, was die Autoindustrie seit Jahren verbockt hat. In 14 nordrhein-westfälischen Städten drohen Fahrverbote. Und was macht die Landesregierung? Sie will sich durch Gerichts-Bashing aus der Affäre ziehen anstatt Lösungen aufzuzeigen. In einer [Aktuellen Stunde](#) letzten Mittwoch haben wir die Regierung von Armin Laschet aufgefordert, den Kommunen bei der Luftreinhaltung zu helfen und den Bürgerinnen und Bürgern einen Weg aufzuzeigen, wie Fahrverbote verhindert werden können. Es folgte viel heiße Luft und wieder keine konkreten Maßnahmen. Und prompt folgte am Donnerstag der nächste Paukenschlag: Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat nun erstmals auch ein Diesel-Fahrverbot für eine Autobahn angeordnet. Es ist ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster. Für viele Pendler könnte das in einem absoluten Albtraum enden. Die Konsequenz kann jetzt nur heißen: Hardware-Nachrüstung sofort! Denn meines Erachtens nach sind Hardware-Nachrüstungen auf Kosten der Autohersteller der beste und gerechteste Weg für die Betroffenen.

Um nicht weniger als einen Angriff auf unsere Demokratie ging es am letzten Freitag in der von uns beantragten [Aktuellen Stunde](#): Die CDU hat angekündigt, die Stichwahlen zur nächsten Kommunalwahl 2020 wieder abzuschaffen. Auch die FDP zeigt sich gegenüber den Plänen aufgeschlossen. Dadurch würden die Ämter des Bürgermeisters und der Landräte erneut entwertet werden. Denn ohne Stichwahlen kämen Kandidaten ins Amt, die nur eine sehr geringe Stimmenanzahl auf sich vereinigen. Willy Brandt ist einmal dafür angetreten, mehr Demokratie zu wagen. Die Landesregierung von Armin Laschet will aber offenbar weniger Demokratie und das rein aus „politischem Kalkül“.

Zuletzt möchte ich noch auf eine Veranstaltung aufmerksam machen: **Am Donnerstag, den 6. Dezember 2018 um 18:00 Uhr auf der Burg Vischering in Lüdinghausen** diskutiere ich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der evangelischen Pfarrerin Lüdinghausens, Silke Niemeyer, dem Soziologen Andreas Kemper und dem Professor Norbert Kersting im Rahmen eines „Münsterlandgesprächs“ „Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – Unsere Gesellschaft im Umbruch?“ Ich würde mich freuen, viele vor Ort zu treffen. Außerdem ist die Weiterleitung der Einladung an Interessierte ausdrücklich erwünscht. [Wir bitten Interessierte um eine zeitnahe Anmeldung über diesen Link.](#)

Bis dahin, beste Grüße

André Stinka MdL

SPD WILL STRAßENAUSBAUBEITRÄGE ABSCHAFFEN

Der Landtag hat in der letzten Woche den Gesetzentwurf der SPD-Landtagsfraktion, der die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorsieht, diskutiert. Der Dülmener SPD-Landtagsabgeordnete André Stinka begrüßt den Vorstoß, insbesondere auch weil auf dem Unterbezirksparteitag der SPD im Kreis Coesfeld im September dieses Jahres hierzu ein Antrag



beschlossen worden ist: „Wir können mit dem Gesetz viele Tausend Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen entlasten. Auch viele Menschen im Kreis Coesfeld würden durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge begünstigt. Die Beitragsbelastungen stellen für viele betroffene Grundstückseigentümer eine enorme finanzielle Herausforderung dar. Im Einzelfall können diese sehr hoch sein und bis in den vier- oder sogar fünfstelligen Bereich reichen. Stundung und Ratenzahlung können bei vielen Betroffenen nicht die notwendige Abhilfe leisten“, so Stinka. „Mir ist es wichtig, dass wir die persönliche und wirtschaftliche Situation der Bürgerinnen und Bürger im Blick haben. Da kann es nicht sein, dass viele Menschen die sich ein kleines Haus oder eine Wohnung als Eigenheim zulegen konnten, oder ihre Immobilie zur Alterssicherung benötigen, durch den Gebührenbescheid in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten geraten.“

Diese Woche haben nun CDU und FDP ihre Pläne zur Zukunft der Straßenausbaubeiträge vorgestellt: Die Koalition will es den Kommunen freistellen, ob sie Beiträge erheben. „Das wird dazu führen, dass reiche Städte ihre Wohnstraßen ausbauen und sanieren. Finanzschwache Städte werden entweder nicht bauen oder aber ihre Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten müssen. Das ist im höchsten Maße ungerecht und unsozial. Die Beiträge der Anwohnerinnen und Anwohner müssen im vollen Umfang vom Land übernommen werden, so wie es der Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion es vorsieht. Das ist eine klare Lösung im Sinne aller Menschen in NRW“, erklärt Stinka.

Hier der Link zur [Kompakt-Info](#) der Landtagsfraktion.

[Drucksache 17/4115](#)

EUROPA ZUKUNFTSFIT MACHEN

Der Erfolg Europas wird auch auf regionaler und kommunaler Ebene entschieden. Von der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen hängt es maßgeblich ab, ob und wie sehr die Bürgerinnen und Bürger vom europäischen Einigungsprozess profitieren. Sowohl auf EU-Ebene als auch auf kommunaler Ebene sind bereits konkrete Vorschläge gemacht worden, die für eine nachhaltige Verbesserung der Zusammenarbeit sorgen können. Mit einem Antrag fordern wir die Landesregierung u. a. dazu auf, sich auf allen Ebenen für diese Vorschläge einzusetzen und in eine reibungslose Zusammenarbeit von Kommune, Land, Bund und EU zu investieren. In unserem zweiten europapolitischen Antrag setzen wir uns für den sozialen Zusammenhalt in Europa ein. Wir fordern darin die Landesregierung u. a. dazu auf, die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, etwa zur Schaffung einer europäischen Arbeitsbehörde oder einer europäischen Sozialversicherungsnummer, aktiv zu unterstützen und deren Umsetzung in NRW voranzutreiben.

[Drucksache 17/4120](#)

[Drucksache 17/4122](#)

ALLEN BESCHÄFTIGTEN IN DER PFLEGE EINE STIMME GEBEN

Wir erleben derzeit eine große Debatte um die Zukunft der Pflege. Auch in NRW wird die Zahl der pflegebedürftigen Menschen immer weiter steigen. Derzeit sind es rund 640.000 Menschen. Was wir neben einer professionellen, hochwertigen und qualitativ guten Pflege brauchen, sind vor allem gut qualifizierte und hoch motivierte Beschäftigte. Zu einer Modernisierung und Aufwertung der Pflege gehört daher auch die Diskussion um die Frage einer Interessenvertretung für Pflegenden in NRW. Aus zahlreichen Fachveranstaltungen und Gesprächen mit



Beschäftigten in der Pflege wissen wir, dass es dazu einen großen und breiten Informationsbedarf gibt. Die Landesregierung hat allerdings nur rund 1.500 Pflegekräfte in einer Stichprobe befragt, ob sie eine Pflegekammer in NRW wünschen. Für die Stärkung der Interessen von Pflegekräften ist aus unserer Sicht aber eine umfassende Beteiligung aller Beschäftigten dringend notwendig. Mit unserem Antrag fordern wir daher eine Urabstimmung für alle Pflegekräfte in NRW, mit der sie über die Einführung einer Pflegekammer entscheiden können.

[Drucksache 17/4121](#)

A13 FÜR ALLE – GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT VON LEHRERINNEN UND LEHRERN

Lehrerinnen und Lehrer leisten über alle Schulformen hinweg einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Mit dem 2009 in Kraft getretenen neuen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen alle Lehramtsanwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung. Mit einem entsprechenden Gesetzentwurf stellen wir daher die berechnete Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform. Kurz: A13 für alle!



[Drucksache 17/3812](#)

KITA-AUSBAUPROGRAMM DRINGEND NÖTIG



Der Bedarf an Betreuungsplätzen in der Kindertagespflege nimmt stetig zu. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) prognostiziert bis zum Jahr 2025 deutschlandweit einen zusätzlichen Platzbedarf, da sich die Zahl der Kinder im Krippen-, Kindergarten- und Grundschulalter bei gleichbleibender Entwicklung von derzeit rund 7,7 Mio. um bis zu 415.000 Kinder erhöhen dürfte. Nach wie vor engagieren sich die Kommunen intensiv, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr zu erfüllen. Leider fehlt ihnen beim investiven Ausbau die nötige Unterstützung der Landesregierung. Für die erheblichen Zusatzbelastungen der Kommunen durch den Kita-Ausbau sind für die nächsten Jahre

keine weiteren Mittel vorgesehen, die über die bereits laufenden Investitionsprogramme aus rot-grüner Regierungszeit hinausgehen. Wir fordern die Landesregierung daher dazu auf, ein verlässliches und solide finanziertes Kita-Ausbauprogramm aus Landesmitteln aufzulegen, das für die Kommunen über die nächsten drei Jahre mindestens 200 Mio. Euro jährlich bereitstellt.

[Drucksache 17/3810](#)

RADIO-VIELFALT IN NRW ERHALTEN

Die 44 Lokalradios leisten einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Nordrhein-Westfalen. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Hörfunk und dessen regionale und lokale Berichterstattung ist ungebrochen groß. CDU und FDP bekennen sich zwar in ihrem Koalitionsvertrag zum dualen Rundfunksystem, haben aber seit Regierungsantritt keine konkreten Vorschläge dafür vorgelegt, wie dessen Rahmenbedingungen an das digitale Zeitalter angepasst werden sollen. Um die Radio-Vielfalt in NRW zu erhalten, fordern wir die Landesregierung u. a. dazu auf, die privaten Lokalfunkanbieter beim technischen Einstieg von UKW in DAB+ finanziell zu unterstützen.



[Drucksache 17/4119](#)

STINKA BEIM ARBEITSEINSATZ IM BIOLADEN URBAN

Der Dülmener Landtagsabgeordnete André Stinka durfte bei einem Kurz-Praktikum im Bioladen Urban in Dülmen für einen Tag selbst Hand anlegen. Stinka – Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – schätzt besonders das Konzept des Dülmener Bioladens: „Man merkt, dass im Bioladen Urban besonders viel Wert auf die Qualität der Lebensmittel gelegt wird. Regionalität und Nachhaltigkeit spielen hier eine wichtige Rolle.“

Während seines eintägigen Arbeitseinsatzes wollte der Abgeordnete auch den Alltag der Angestellten erleben und verstehen, wo der Schuh drückt: „Ich bin begeistert vom Arbeitseinsatz und der guten Ausbildung des Teams. Das Betriebsklima im Bioladen ist wirklich hervorragend. Probleme wie steigende Mieten oder der Pflegenotstand trüben allerdings auch hier die Stimmung. Da muss die Politik endlich ran“, weiß der Abgeordnete aus den Pausen-Gesprächen.



BESUCHERGRUPPE AUS DEM KREIS ZU GAST IM LANDTAG



An einem Samstag im Oktober durfte der Dülmener Landtagsabgeordnete André Stinka knapp 40 Politik-Interessierte aus dem Kreis Coesfeld im Düsseldorfer Landtag begrüßen. Nach einer Besichtigung des Landtagsgebäudes gab es reichlich Gesprächsstoff: Die Bürgerinnen und Bürger interessierten sich besonders für den Alltag des Landtagsabgeordneten und seine parlamentarische Arbeit. Aber auch zu Fachthemen des umweltpolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion gab es lebhafte Diskussionen: So wurden die Rodung des Hambacher Forstes, mögliche Diesel-Fahrverbote und die abnehmende Artenvielfalt thematisiert.

André Stinka freute sich, so viele interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis kennenzulernen. „Es war ganz deutlich zu merken: Das Interesse an Politik wächst wieder“, resümiert der Dülmener Landtagsabgeordnete nach der Runde. Eine Bürgerin kritisierte allerdings, dass in der Öffentlichkeit nur wenige Themen und Personen die Diskussion dominieren. Dem pflichtet der Abgeordnete bei: „Wie Umwelt und Wirtschaft unter einen Hut gebracht werden können, treibt viele um. Horst Seehofers Eskapaden hingegen lösen keine Zukunfts-Themen und beschäftigen die Wenigstens.“

SCHÜTZEN-ABEND NRW: STINKA LÄDT DÜLMENER SCHÜTZEN EIN

Zum 5. Parlamentarischen Abend der Schützen in NRW wurde der Dülmener Landtagsabgeordnete André Stinka von zwei Dülmener Schützen begleitet: Der König des Schützenvereins Kohvedel Volker Dieminger und sein Schützenbruder Olaf Schlieff kamen zum Festakt in den Landtag Nordrhein-Westfalen.

„Die Schützinnen und Schützen leisten in unserem Land einen wichtigen Beitrag dazu, dass traditionelle Werte gewahrt werden, aber auch der notwendige Fortschritt mitgetragen und mitgestaltet wird“, davon ist der Dülmener Abgeordnete André Stinka überzeugt. „Auch im Kreis Coesfeld gibt es viele aktive Schützinnen und Schützen. Sie engagieren sich aktiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und übernehmen Verantwortung in ihren Orten. Dafür gilt es auch an einem solchen Abend Danke zu sagen“, betont Stinka.



Die beiden Gäste und der Abgeordnete genossen ein vielfältiges Abendprogramm: Zunächst spielte das Tambourcorps St. Martin Düsseldorf-Bilk zusammen mit der Musikkapelle Kleinenbroich den großen Zapfenstreich auf dem Vorplatz des Landtags. Im Anschluss verbrachten die beiden Schützen mit dem Dülmener Abgeordneten einen dialogreichen und unterhaltsamen Abend bei Musik und Kulinarischem.